



Vereinbarung zwischen

den Gruppen
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands
und
der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands

zur politischen Zusammenarbeit im
Regionalverband FrankfurtRheinMain
für die laufende sowie die sich
anschließenden Wahlperioden
2016 bis 2021 und 2021 bis 2026



Regionalverband
FrankfurtRheinMain

Bündnis für die Region

Vereinbarung zwischen den Gruppen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur politischen Zusammenarbeit im Regionalverband FrankfurtRheinMain für die laufende sowie die sich anschließenden Wahlperioden 2016 bis 2021 und 2021 bis 2026

Präambel

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main soll als Motor der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung die Leistungsfähigkeit des Landes Hessen im nationalen und internationalen Zusammenhang stärken. Mit dieser Zielsetzung hat der Hessische Landtag dem Regionalverband FrankfurtRheinMain eine wesentliche und deutlich über das eigene Verbandsgebiet hinausreichende Verantwortung übertragen. Die Gruppen der SPD und der CDU wollen mit ihrer Zusammenarbeit in der Verbandskammer und im Regionalvorstand die Möglichkeiten des Gesetzes über die Metropolregion verstärkt nutzen und gemeinsam weiterentwickeln.

Die Region FrankfurtRheinMain vereinigt Eigenschaften einer dynamischen Metropole mit denen einer großen Zahl von aktiven, eigenständigen Städten und Gemeinden. Die Eigenständigkeit und der Wettbewerb der Kommunen dienen der gesamten Region. Dank der zentralen geographischen Lage, dem Flughafen als Drehscheibe des Weltluftverkehrs und den wichtigen europäischen Verkehrswegen auf Bahn, Straße und Wasser verfügt sie über große Standortvorteile für Industrie, Handel und Handwerk. Sie ist nicht nur eine Finanz-, sondern auch eine Wissensmetropole mit einem dichten und über die gesamte Region verteilten Netz vielfältiger Dienstleistungs- und Hightech-Unternehmen. Sie zeichnet sich nicht nur durch wirtschaftliche Prosperität, umfangreiches Beschäftigungsangebot und Internationalität, sondern auch durch ein breites und hochkarätiges Bildungs- und Kulturangebot sowie ihren hohen Freizeitwert aus.

Das alles macht die Region für immer mehr Menschen aus aller Welt attraktiv. Der Regionalverband muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, die ihm das Gesetz und die Kompetenz seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bieten, um die damit verbundenen Herausforderungen zu meistern sowie die Standortvorteile zu erhalten und auszubauen.

Für die Entwicklung der Region wesentliche Aufgaben – Standortmarketing, Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, regionale Verkehrsplanung und Verkehrsmanagement, Regionalpark und KulturRegion werden bereits in Gesellschaften wahrgenommen. Für deren erfolgreiches Wirken ist es von besonderer Bedeutung, dass in breitem Konsens entschieden wird. Hierfür wird die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien benötigt.

Angesichts des demographischen Wandels zeichnen sich bereits jetzt am Rande des Verdichtungsraums überdurchschnittliche Überalterung der Bevölkerung, Gebäude-Leerstände und Abwanderung in die attraktiven Zentren des Ballungsraumes ab. Bei gleichzeitigem Siedlungsdruck und Wohnraumangel im Kern des Ballungsraumes, durch Zuzug jüngerer Familien und Menschen aus dem In- und Ausland werden die Aufgaben zunehmend größer und komplexer. Hinzu kommen Herausforderungen wie der anhaltende Fachkräftemangel und erkennbare Leistungsgrenzen der bestehenden Systeme des Individual- als auch des öffentlichen Personennahverkehrs. Wird diesen Tendenzen nicht entgegengesteuert, dann droht, dass sich bereits bestehende räumliche, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten in der Region deutlich verschärfen werden. Deshalb ist eine Stärkung der Verkehrsinfrastruktur an Schienen und Straßen zwingend notwendig; hierzu bedarf es einer breit und langfristig angelegten politischen Mehrheit.

SPD und CDU sind entschlossen, alle Möglichkeiten des Regionalverbandes auszuschöpfen, um in eigener Verantwortung und auch durch Beratung und Unterstützung der Verbandsmitglieder, der Wirtschaft und anderer Verbände in der Region zur Entbürokratisierung und Beschleunigung beizutragen. SPD und CDU sind sich darin einig, in der Entwicklung der Region weniger die Risiken und mehr die Chancen zu sehen. Wenn eine pulsierende Region nicht an Dynamik und damit im zunehmend verschärften weltweiten Wettbewerb an Bedeutung verlieren soll, dann braucht sie eine Politik, die nicht vorrangig von Bedenken, sondern von Gestaltungswillen getragen ist.

1. Breite und langfristige Mehrheit für die Region

Die Zusammenarbeit von SPD und CDU in der Verbandskammer und im Regionalvorstand bietet gute Voraussetzungen, die wichtigen regionalpolitischen Themen und Herausforderungen zu bewältigen.

Die Region darf nicht weiter unter wechselseitigen Blockaden und fehlender politischer Kontinuität im Verband auf Grund mittelbarer Wahlergebnisse leiden. Im Gegenteil: Die aktuellen und anstehenden Probleme müssen auf der Basis einer kontinuierlichen Zusammenarbeit auf breiter Basis mit klaren Vereinbarungen in der Verbandskammer und im Regionalvorstand zum Nutzen der Region gelöst werden. In jeder Stadt oder Gemeinde des Verbandsgebietes und in den regionalen Gesellschaften ist entweder die SPD oder die CDU maßgeblich an der politischen Mehrheit beteiligt. Dies bietet die Gewähr dafür, dass in einem permanenten Dialog mit den Verbandskommunen Entscheidungen in einem weit über die Verbandskammer hinausreichenden Konsens möglich werden.

Die Aufgaben, die Verbandskammer und Regionalvorstand für den Regionalverband und die Metropolregion zu lösen haben, reichen nicht nur in ihren Konsequenzen weit über eine Wahlperiode hinaus. Insbesondere planerische Aufgaben verlangen inhaltliche und politische Kontinuität. Wichtige Entscheidungen des Regionalverbandes - wie zum Beispiel die Aufstellung des Regionalen Flächennutzungsplanes - erfordern Vorbereitungen, Beteiligungsverfahren und Beratungen, die bereits mehr als eine Wahlperiode umfassen. Die Gruppen der SPD und der CDU in der Verbandskammer vereinbaren daher eine Zusammenarbeit für die laufende sowie die sich anschließenden Wahlperioden 2016-2021 und 2021-2026.

In Fragestellungen, die für die Region von zentraler Bedeutung sind, wurde bereits in der Vergangenheit angestrebt, über alle Parteigrenzen und politische Bündnisse hinweg im Regionalverband und in der Regionalversammlung zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Ein gutes Beispiel ist das Regionale Einzelhandelskonzept. SPD und CDU streben in den für die Region langfristig wichtigen Grundsatzfragen weiterhin den Konsens an und laden alle Gruppen in der Verbandskammer sowie die Fraktionen in der Regionalversammlung zu einer konstruktiven Zusammenarbeit ein.

SPD und CDU in der Verbandskammer wollen durch ihre Politik die Städte und Gemeinden im Verbandsgebiet und damit auch die kommunale Selbstverwaltung stärken. Verantwortungsvolle Regionalpolitik kann aber nicht in jedem Einzelfall mit der Zustimmung aller Beteiligten rechnen. Es müssen auch Entscheidungen gegen die Interessen einzelner Gemeinden getroffen werden, wenn dies im Interesse der Region notwendig ist – zum Beispiel auch dann, wenn deren Absichten für kommunale Nachbarn schädlich sind. Hierfür bedarf es einer stabilen und breiten Mehrheit.

2. Raum für Wohnen und Arbeiten geben

Der jetzige Regionale Flächennutzungsplan 2010 stellt eine gute Grundlage für die Siedlungsentwicklung dar. Er bietet zur Zeit ausreichend Raum für die Entwicklung von Wohnen und Gewerbe und sichert die für Landwirtschaft und Forsten sowie die Erholung der Menschen im Ballungsraum besonders wichtigen Flächen. In der Rhein-Main-Region können sich aber Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen oft keinen Wohnraum mehr leisten. Es ist zu befürchten, dass sich die Region auseinander entwickelt und sich Ungleichheiten verstärken. Steigende Preise fürs Wohnen dürfen die Region nicht in Teilregionen erster und zweiter Klasse oder sogar dritter Klasse spalten. Sowohl der zunehmende Siedlungsdruck auf die attraktiven Zentren im Ballungsraum wie auch die hauptsächlich durch die demographische Entwicklung bedingten Entleerungstendenzen in den eher peripheren Räumen der Region müssen durch ein schlüssiges Planungskonzept so gesteuert werden, dass diesen Tendenzen nachhaltig entgegen gewirkt wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dieses Planungskonzept vorrangig die in den Innenbereichen nicht genutzten Flächenpotentiale ausschöpft (z.B. Konversionsflächen, Industriebrachen, Baulücken etc.) Aufgrund der schwierigen Umsetzung dieses Ansatzes ist den Kommunen eine serviceorientierte Hilfestellung zu geben.

In der Wahlperiode 2016-2021 wird ein Leitbild für die europäische Metropolregion mit dem Titel „FrankfurtRheinMain 2040“ erarbeitet. Dieses Leitbild soll die Grundlage für die Fortschreibung des gemeinsamen Regionalen Flächennutzungsplanes (RegFNP) und des Regionalplans Südhessen sein. Der neue Plan muss weiterhin die für die Region typische polyzentrale Struktur – auch unter stark veränderten Rahmenbedingungen – erhalten und sich an den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes sowie der dann aktuellen Bevölkerungsprognose orientieren.

3. Raum für Natur und Erholung erhalten

SPD und CDU stimmen überein, dass der Flächenverbrauch in der Region so gering wie möglich zu halten ist. Das kürzlich vorgelegte Flächenmonitoring hat gezeigt, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt erst rund zehn Prozent der angebotenen Flächen mit einem Bebauungsplan beplant sind. Vor diesem Hintergrund müssen Ausnahmen von der flächengleichen Kompensation möglich sein.

Ein wesentliches und die Region von anderen Metropolregionen unterscheidendes Merkmal sind die Regionalen Grünzüge. Mit dem Regionalpark Rhein-Main ist es gelungen, diese für die Erhaltung der Siedlungsstruktur und das Klima bedeutenden Flächen nicht nur planerisch zu schützen. Die Grünzüge sind für die Menschen im Ballungsraum zu einem erlebbaren Naturraum vor der Haustür geworden.

Unserem besonderen Schutz unterliegen auch die großen, zusammenhängenden Waldflächen in der Region. Diese dürfen nicht weiter zerschnitten werden. Gleichzeitig müssen sie der im Verdichtungsraum besonders wichtigen Funktion der Naherholung dienen.

4. Attraktive Innenstädte trotz 24-Stunden-Shops im Internet

Im Einzelhandel vollzieht sich gegenwärtig ein dramatischer Wandlungsprozess. Der Online-Handel erlebt einen Umsatzrekord nach dem anderen. Er ist bequem, passt in die zunehmende Digitalisierung und Elektronisierung aller Lebensbereiche. Hierdurch gerät der inhabergeführte Einzelhandel in Klein- und Mittelstädten in große Bedrängnis, da der Online-Handel den existenznotwendigen Umsatz abschöpft.

Aufgabe der Politik muss es sein, ein „Ausbluten“ des stationären Einzelhandels in den Innenstädten zu verhindern, um einer Verödung der Innenstädte entgegenzuwirken, Urbanität und Vollversorgung auch in Zukunft in den Mittel- und Unterzentren zu gewährleisten.

Der Regionalverband wird als Dienstleister für seine Verbandsmitglieder entsprechende Beratungsleistungen anbieten.

Die Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes muss der beschriebenen Veränderung im Einzelhandel Rechnung tragen. Das im Konsens beschlossene Konzept gilt weiterhin grundsätzlich als verbindliche Handlungsgrundlage; im Einzelfall muss – angesichts aktueller Veränderungsprozesse – auch eine Abweichung möglich sein, sofern sie keinen schädlichen Innenstadt-Einfluss ausübt. Wir wollen auch in Zukunft Maßstäbe für eine möglichst gerechte Bewertung von großflächigen Einzelhandels-Vorhaben anlegen.

Im Rahmen der Evaluierung und Fortschreibung sollen Ziele unter Beachtung der aktuellen Rechtsprechung so neu definiert werden, dass durch eindeutige und gerichtsfeste Formulierungen die wesentliche Absicht des Konzeptes erreicht wird, für die Innenstädte schädliche Auswirkungen zu unterbinden.

5. Energiewende mit Verstand und Akzeptanz

Der Regionalverband wird seinen Beitrag dazu leisten, dass die Ziele des Hessischen Energiegipfels zügig umgesetzt werden. Dazu gehört vorrangig die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie mit Ausschlusswirkung entsprechend den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes. Dies schließt den ehrgeizigen Anspruch ein, trotz der besonderen Schwierigkeiten im Ballungsraum auch in Südhessen das Ziel zu erreichen, zwei Prozent der Fläche als Vorranggebiet auszuweisen. Das Ziel, die Energiewende in Bezug auf die Windkraft tatsächlich umzusetzen und nicht nur Flächen quasi symbolisch auszuweisen, macht es erforderlich, ein höchstmögliches Maß an Akzeptanz zu erreichen. Deshalb wird ein weitgehender Konsens mit den betroffenen Gemeinden angestrebt.

Darüber hinaus entwickelt der Regionalverband gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main das regionale Energiekonzept. Ziel ist es, Maßnahmen aufzuzeigen, um die ehrgeizigen Ziele der hessischen Energiewende auf regionaler Ebene umzusetzen. Dieses bedarf der breiten Beteiligung der Kommunen wie auch der ganzheitlichen Betrachtung dieses Themas über die Planung von Windvorrangflächen hinaus.

6. Neue Wege für die Mobilität

Der Ballungsraum Frankfurt ist sowohl wichtigste Transitregion Europas als auch Pendlerhauptstadt Deutschlands. Eine gut ausgebaute und vernetzte Infrastruktur mit leistungsfähigen Verkehrsträgern auf Straße und Schiene – die sich in ihrer Funktionalität gegenseitig ergänzen - sind eine wesentliche Voraussetzung für die hohe Leistungsfähigkeit der Rhein-Main-Region. Wohnen, Arbeit und Freizeit an unterschiedlichen Orten prägen den Alltag der Menschen im Ballungsraum. Es ist deshalb notwendig, mit einem leistungsstarken ÖPNV und einem gut ausgebauten Straßennetz diese Lebensbereiche miteinander zu verbinden. Die einzelnen Verkehrsträger müssen noch besser verzahnt, Genehmigungsverfahren verkürzt werden.

Der Ausbau von Park + Ride- sowie von Parkplätzen für Fahrgemeinschaften an den Hauptverkehrsachsen soll forciert werden. Innovative Angebote wie Regionale Schnellbuslinien, Carsharing, Radschnellwege und die Weiterentwicklung der Elektromobilität werden unterstützt.

Der Frankfurter Flughafen stellt nicht nur einen großen Wirtschaftsfaktor dar, sondern ist auch eine hohe Belastung für die Anrainerkommunen. Der Verband sieht diese Probleme und wird sich für einen stärkeren Ausgleich einsetzen

7. Starke Region in Europa

Die Europäische Union wirkt mit ihren Entscheidungen zunehmend in die Regional- und Kommunalpolitik hinein. Es ist daher umso wichtiger, möglichst frühzeitig deren Absichten zu kennen, sie soweit möglich, zu beeinflussen und sich schließlich frühzeitig darauf einzustellen. Dabei stehen die europäischen Regionen im heftigen Wettbewerb; das gilt umso mehr bei der Akquise von Fördermitteln. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass die Stadt Frankfurt am Main und der Regionalverband gemeinsam das Europabüro der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main betreiben, das aus einer Vertretung in Brüssel mit Sitz in der hessischen Landesvertretung und einem Büro am Sitz des Regionalverbandes am Frankfurter Hauptbahnhof besteht. Dieses Europabüro ist für die möglichst große Vernetzung mit der europäischen Ebene und die daraus resultierende Abschöpfung von Mitteln aus EU-Förderprogrammen - insbesondere zur Sicherung des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandorts sowie zur Steigerung der Innovationskraft - unverzichtbar. Das Büro ist für alle Kommunen der Region ein nützlicher Ansprechpartner und Dienstleister, wenn es um Fragen zur europäischen Strukturpolitik geht.

8. Kostenbewusstsein im Regionalverband - Stabile Verbandsumlage

Die meisten Städte und Gemeinden im Regionalverband sind „Schutzschirm-Kommunen“ und/oder stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Das müssen die Verantwortlichen im politischen Alltag im Regionalverband berücksichtigen. Fehlendes Kostenbewusstsein oder gar die Forderung nach weiteren Regulierungen zu Lasten der Städte und Gemeinden wird es vor dem Hintergrund der Finanznot der Kommunen in der Koalition von SPD und CDU nicht geben.

Die Verbandsumlage soll stabil bleiben. In der laufenden Wahlperiode wird es keine Erhöhung geben. Auch darüber hinaus ist es ein vorrangiges Ziel, eine Erhöhung der Verbandsumlage zu vermeiden.

9. Umsetzung des Bündnisses für die Region

Die Umsetzung des Bündnisses für die Region erfordert die Beteiligung aller Bündnispartner im hauptamtlichen Teil des Regionalvorstandes. Daher wird noch in 2014 die Hauptsatzung des Regionalverbandes geändert, um die Wahl eines weiteren hauptamtlichen Beigeordneten im Frühjahr 2015 zu ermöglichen.

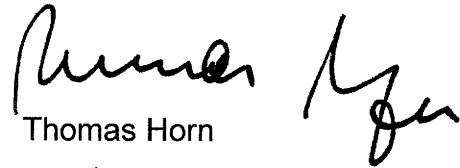
Für die Zeit nach der Kommunalwahl 2016 wird vereinbart, dass die jeweils stärkste Gruppe nach Ablauf der Wahlzeit des amtierenden Verbandsdirektors den Verbandsdirektor, die zweitstärkste den Ersten Beigeordneten stellt. Die Gruppenstärke ergibt sich aus der Addition der Wahlergebnisse der Koalitionspartner bei der Wahl der Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen der Verbandsmitglieder, geteilt durch die Anzahl der Mandatsträger in der jeweiligen Vertretungskörperschaft.

Abwahlen finden nur im Einvernehmen der Koalitionspartner statt.

Zur Vorbereitung der Gremiensitzungen wird ein Koalitionsausschuss gebildet, dem jeweils fünf Mitglieder pro Gruppe angehören; hier werden auch Anträge der Gruppen vor der Einbringung abgestimmt. In den Gremien des Regionalverbandes wird nicht mit wechselnden Mehrheiten abgestimmt.



Rouven Kötter



Thomas Horn



Antje Köster



Bernhard Bessel



Michael Göllner



Friedhelm Engel



Ludger Stüve



Jürgen Banzer



Kai Gerfelder



Bernd Röttger

Frankfurt am Main, 12. November 2014